



Meinung

**Keine Angst vor
kritischer Zivilgesellschaft**

Thema

Europa im Jahr 2040

Reportage

Der lange Weg zum Frieden

Im Gespräch

Friedensforscher Dan Smith

Was Sie in diesem Heft erwartet

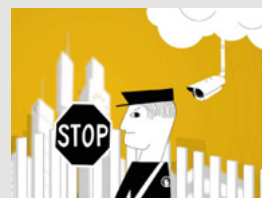
5 Meinung

Keine Angst vor kritischer Zivilgesellschaft



6 Thema

Europa im Jahr 2040



10 Reportage

Mindanao: Der lange Weg zum Frieden



14 Im Fokus

16 Im Gespräch

Friedensforscher Dan Smith



19 Friedenspolitik

20 Kurznachrichten

22 Rätsel & Rezept

24 Stiftung

Macht Sinn: „Friedenshaus 2.0“



27 Spenden

Spendenkonto des forumZFD:

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX

Sie möchten das forumZFD unterstützen? Darüber freuen wir uns sehr! Bitte lesen Sie hierzu auch Seite 27 in diesem Heft.

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Patrick Schwalger, Kristin Mehler,
Thomas Oelerich
Layout und Gestaltung: Sonja Kleffner
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück
Papier: 100 % Recyclingpapier
Fotos ohne Angaben: © forumZFD

© forumZFD



Zum Titel

Unser Titelfoto zeigt Kinder auf der Insel Mindanao in den Philippinen. Es handelt sich um den Ausschnitt eines Fotos, auf dem eine Gruppe Jugendlicher und Kinder mit Plakaten vor einer Straßenkontrolle des philippinischen Militärs zu sehen ist. „Wir wollen Frieden – nicht Krieg“, „Beendet den Krieg“ und „Ermöglicht uns die Rückkehr“ ist auf den Transparenten zu lesen.

Das Foto entstand im Jahr 2009 während einer Eskalation des Konfliktes zwischen bewaffneten muslimischen Widerstandsbewegungen, die für eine Unabhängigkeit des „Gebietes der Moros“ auf Mindanao eintraten, und dem Militär, das mit harter Hand die Politik der Regierung durchsetzte. Opfer dieser Kampfhandlungen war in erster Linie die Zivilbevölkerung. Zeitweise befanden sich bis zu 400.000 Menschen auf der Flucht.

Das forumZFD bemühte sich damals, die Folgen dieses Konfliktes sowohl auf den Philippinen als auch auf internationaler Ebene öffentlich zu machen und den Leidtragenden Gehör zu verschaffen. Viele der Betroffenen wollten vor allen Dingen eines: Frieden und die Chance, in ihre Heimatdörfer zurückkehren zu können. Erst im vergangenen Jahr, also fast zehn Jahre nachdem das Foto entstand, wurde eine Friedensvereinbarung umgesetzt und ein Gesetz zur Teilautonomie der „Moro-Region“ verabschiedet.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Klimakrise ist keine Katastrophe in der Zukunft. Sie ist jetzt. Der Mensch hat unsere Erde in den letzten einhundert Jahren nachhaltig verändert. Und diese Veränderungen bestimmen schon jetzt das Gesicht unseres Planeten und unser Zusammenleben. Das ist die Botschaft des Bildes in der Heftmitte. Wo einst der riesige Aralsee Leben spendete, breitet sich heute Wüste aus.

Über die Folgen des menschengemachten Klimawandels für Kriege und Konflikte und die #Fridaysforfuture-Demonstrationen als neue Friedensbewegung habe ich für diese Ausgabe mit dem Friedensforscher Dan Smith gesprochen.

Um die Zukunft geht es in der Rubrik Thema: Wird es im Jahr 2040 noch ein Friedensprojekt Europa geben? Wir stellen vier Szenarien vor, die unsere Freunde von PAX for Peace aus den Niederlanden entwickelt haben.

In der Reportage blicken wir auf einen positiven Wendepunkt in der Geschichte der südlichen Philippinen, wo 2019 mit einem Autonomie-Referendum ein mehr als 40 Jahre währender Bürgerkrieg nun hoffentlich zu Ende ist.

Eine inspirierende Lektüre wünscht Ihnen Ihr

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation & Politik

Korrektur:

In unserer letzten MAGAZIN-Ausgabe 01/19 ist uns auf der Rückseite ein Fehler unterlaufen. Aus unerfindlichen Gründen ist im Zitat von Dag Hammarskjöld das kleine, aber wichtige Wort „nicht“ verloren gegangen. Richtig lautet das Zitat: „Es ist uns nicht freigestellt, den Rahmen unseres Lebens selbst zu wählen. Aber wie wir ihn füllen, liegt an uns.“ Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

In eigener Sache

Materialien zur friedenspolitischen Bildung

Seit 1999 arbeitet das forumZFD gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen in Israel & Palästina für den Frieden. Alle Schulen, die 2019 an einem Friedenslauf teilnehmen, unterstützen mit den erlaufenen Spenden die Friedensarbeit des forumZFD in Israel & Palästina.

Für die teilnehmenden Schulen haben wir das Unterrichtsheft „Kinder und Jugendliche für Frieden und Verständigung – Frieden lernen am Beispiel des Nahostkonflikts“ erstellt. Denn Friedensläufe sind mehr als „nur“ Sportveranstaltungen. Sie verbinden das aktive Engagement mit dem Lernen über eine friedlichere Welt.

Begleitend zu dem sportlichen Einsatz vermittelt das Unterrichtsheft Kindern und Jugendlichen in vier Unterrichtseinheiten einen Einblick

in die Lebenswirklichkeit arabischer und jüdischer Kinder und Jugendlicher aus Jerusalem und Haifa. Mithilfe verschiedener Texte und Übungen lernen die Schülerinnen und Schüler zum einen die Narrative auf beiden Seiten der Konfliktlinie kennen. Zum anderen befassen sie sich mit ihrem eigenen Streitverhalten, entdecken Vielfalt im Klassenzimmer und überlegen sich, was sie selbst zu einem friedlichen Miteinander beitragen können.

Mit dem Bildungsheft können Lehrkräfte ihre Schulklassen konkret und kindgerecht auf die Teilnahme am Friedenslauf 2019 vorbereiten. Die Schülerinnen und Schüler erfahren u. a., wie und wo sie Sponsoren finden, wofür die Spendengelder verwendet werden und dass es auch beim Friedenslauf Fair-Play-Regeln gibt. ■



Bestellen können Sie das kostenfreie friedenspolitische Bildungsmaterial unter: kontakt@forumZFD.de

Friedenslauf-Saison startet im Mai!

Im Mai starten wir in Berlin mit rund 4.000 Läuferinnen und Läufern in die Friedenslauf-Saison 2019. In insgesamt neun Städten finden dieses Jahr Friedensläufe statt. Über 15.000 Kinder und Jugendliche setzen mit ihrer Teilnahme am Friedenslauf ein deutliches Zeichen für Frieden und Verständigung. Anmeldungen von Schulklassen sind weiterhin möglich. Alle Informationen finden Sie auf: www.run4peace.eu

Am Lauftag benötigen wir Ihre tatkräftige Unterstützung!

Damit der Friedenslauf für alle Beteiligten zu einem schönen und erfolgreichen Ereignis wird, sind wir auf viele helfende Hände angewiesen. Hilfe benötigen wir vor allem beim Verteilen von Bananen und Wasser an die Läuferinnen und Läufer, beim Stempeln der gelaufenen Runden oder bei der Sicherung der Laufstrecke. Gerne stellen wir Ihnen eine Bescheinigung für Ihr ehrenamtliches Engagement aus. Sprechen Sie uns an: lieser@forumZFD.de ■



Termine Friedensläufe 2019:

- 22.05. Berlin**
Brandenburger Tor
- 19.06. Darmstadt**
Bürgerpark Nord
- 21.06. Neuss**
Ludwig-Wolker-Anlage
- 05.07. Aachen**
Elisenbrunnen
- 17.07. Augsburg**
Am Dom
- 20.09. Jülich**
Marktplatz
- 27.09. Bonn**
Bonner Hofgarten
- 02.10. Freiburg**
Seeparkstadion
- 10.10. Münster**
Sportpark Sentruper Höhe

Keine Angst vor kritischer Zivilgesellschaft

von Oliver Knabe

Politisches Engagement für eine ökologische, solidarische und friedliche Weltwirtschaftsordnung dient nicht dem Gemeinwohl. So lässt sich das jüngste Urteil des Bundesfinanzhofs zusammenfassen, das dem Globalisierungskritischen Netzwerk Attac die Gemeinnützigkeit aberkannte. Ein Urteil, das für viel Verunsicherung unter zivilgesellschaftlichen Organisationen gesorgt hat. Die Petitionsplattform Campact entschied sich nach Analyse des Urteils, bis auf Weiteres keine Spendenquittungen auszustellen. Auch sie fürchten um ihre Gemeinnützigkeit.

Alles halb so wild? Mitnichten!

Die Absurditäten des deutschen Gemeinnützigkeitsrechts schaffen Rechtsunsicherheit und behindern so die Zivilgesellschaft als unverzichtbaren Teil unserer lebendigen Demokratie. Wer meint, es ginge hier allein um schnöde Steuervorteile für Spenderinnen und Spender, irrt: Gemeinnützigkeit ist in Deutschland das Zugangskriterium schlechthin, um staatliche Fördermittel zu beantragen oder öffentliche Räume anzumieten.

Die Rüstungsindustrie kann ihre Lobbyarbeit für ungehinderte Exporte an den Jemen-Kriegsteilnehmer Saudi-Arabien weiterhin als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen. Der Einsatz für Frieden und Menschenrechte dagegen fehlt auf der Liste der gemeinnützigen Zwecke des einschlägigen Paragraphen 52 der Abgabenordnung.

Und es gibt noch mehr Versuche, die kritische Zivilgesellschaft in Deutschland einzuschränken: Ein der AFD nahestehender Staatsanwalt leitete gegen die Künstlergruppe „Zentrum für politische Schönheit“ Ermittlungen wegen der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ ein. Der Bundesinnenminister will die Bekanntgabe von Abschiebeterminen gegen Geflüchtete unter Strafe stellen. Die CDU forderte auf ihrem Bundesparteitag, der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Man bedenke: Ihr einziges „Vergehen“ ist, dass sie mit rechtsstaatlichen Mitteln auf die Einhaltung von Umweltgesetzen pocht.

Wir müssen anerkennen, dass es nicht nur in unseren Nachbarländern Ungarn und Polen, sondern auch in Deutschland Versuche gibt, politische Arbeit von der Zivilgesellschaft einzuschränken.

Unsere Friedensarbeit im Ausland ist für uns untrennbar mit einer kritischen Auseinandersetzung der Rolle Deutschlands und der Europäischen Union in Kriegen und Konflikten verbunden. Darum setzt sich das forumZFD ebenso wie mehr als hundert weitere gemeinnützige Organisationen für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ein. Als Sofortmaßnahme sollen unter anderem Frieden, soziale Gerechtigkeit,

Klimaschutz, Datenschutz, Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter in die Liste der gemeinnützigen Tätigkeiten aufgenommen werden.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist für eine lebendige Demokratie unverzichtbar.

Deshalb fordern wir, dass die selbstlose Beteiligung an der politischen Willensbildung nicht zum Verlust der Gemeinnützigkeit führen darf.

Für viele Initiativen, mit denen wir in unserer internationalen Friedensarbeit etwa im Nahen Osten oder auf den Philippinen zusammenarbeiten, gehört die Einschränkung ihres bürgerschaftlichen Engagements zum Alltag. Dass nun auch in Deutschland der Wirkungsraum zivilgesellschaftlicher Gruppen eingeschränkt werden soll, hätten wir uns vor wenigen Jahren noch nicht vorstellen können. Unsere Partnerorganisationen in verschiedenen Regionen der Welt sind für uns im forumZFD Vorbild und Ansporn, entschieden für Frieden und Menschenrechte in Deutschland, Europa und weltweit einzutreten.

Oliver Knabe ist Vorstandsvorsitzender des forumZFD.



Mehr zum Thema erfahren Sie unter: www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Europa im Jahr 2040

Vier Szenarien und politische Herausforderungen an ein „Friedensprojekt Europa“

PAX Niederlande, eine zivilgesellschaftliche Friedensorganisation mit Sitz in Utrecht, hat vor wenigen Wochen die Ergebnisse einer Workshopreihe zum Thema „Europa im Jahr 2040“ veröffentlicht, die Ende vergangenen Jahres in Utrecht (Niederlande), Belgrad (Serbien) und Kiew (Ukraine) durchgeführt wurde. Dabei wurden vier fiktive Szenarien erarbeitet, die als denkbare Modelle aufzeigen sollten, welche Gestalt das EU-„Friedensprojekt“ bis zum Jahr 2040 annehmen könnte. An den Workshops, die im November und Dezember 2018 stattfanden, nahmen insgesamt 52 Personen teil (22 Frauen und 30 Männer), darunter auch Mitarbeitende des forumZFD in der Ukraine.

Die stark gekürzte Zusammenfassung des 40-seitigen Berichts „The EU as a Peace Project“ dokumentieren wir im Kontext der Kampagne „Rettet das Friedensprojekt Europa“, die vom forumZFD initiiert und mitgetragen wird. Insbesondere die politischen Implikationen, die von den Workshop-Teilnehmenden erarbeitet wurden, werfen den Fokus über das Friedensprojekt Europa hinaus auf die Frage, welchen Aufgaben sich auch zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich für den Frieden engagieren, selbst stellen müssen, um einen Beitrag für das „Friedensprojekt Europa“ zu leisten.

Der Prozess der Europäischen Integration, aus dem die Europäische Union (EU) resultierte, wird oft als „Friedensprojekt“ bezeichnet. In der EU-Vorläuferorganisation, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS), kontrollierten die ehemaligen Kriegsgegner ab 1952 gegenseitig die Nutzung ihrer essenziellen Güter für Rüstung, Kohle und Stahl mit dem Ziel, einen innereuropäischen Frieden sicherzustellen. Im Jahr 2012 wurde die EU mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, weil die Integration von zentral- und osteuropäischen Ländern in die EU maßgeblich zum Frieden in Europa beigetragen habe. Doch in den letzten Jahren sind die EU und ihr „Friedensprojekt“ zunehmend unter Druck geraten. Die wachsende Ungewissheit über die zukünftige Ausrichtung der EU lässt viele Fragen aufkommen, wie und ob sich die Union als „Friedensprojekt“ entwickeln wird. Wie wird die EU beispielsweise im Jahr 2040 aussehen?

Die vier entwickelten Szenarien wurden vor dem Hintergrund folgender zwei Unsicherheiten erstellt:

1. Werden die Werte der EU (z. B. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte) in Zukunft bestehen bleiben oder werden diese mehr und mehr missachtet?
2. Wird sich die EU noch erweitern oder sich schrittweise auflösen?

Die vier möglichen Szenarien für 2040

„Paranoid Android“

Das „Friedensprojekt“ EU wurde umdefiniert und ist jetzt auf die Sicherheit und Stabilität für die Bürgerinnen und Bürger fokussiert. Dies geschieht jedoch zu einem hohen Preis, nämlich der Priorisierung von Sicherheit vor Bürgerrechten, wenn dies als nötig erachtet wird. Die EU ähnelt einem Superstaat und hat die technischen Mittel, um durch interne Überwachung und harte Kontrollen ihrer Außengrenzen in „voller Kontrolle“ zu sein. Die Union schaut in erster Linie nach innen und fürchtet die Gefahren der restlichen Welt. Um die Grenzen zu sichern und um Migration zu verhindern, unterstützt die EU illiberale und autoritäre Regime in den angrenzenden Regionen.



Osten, Westen, der Norden ist am besten

Die EU wurde durch einige lose regionale Netzwerke ersetzt, von denen die Nordeuropäische Union, die NEU, die wohlhabendste und bedeutendste ist. Auch wenn es die EU als integriertes „Friedensprojekt“ nicht mehr gibt, sind die europäischen Werte wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht verschwunden. Diese haben immerhin schon vor der EU existiert. Die europäischen Regierungen haben die Demokratie durch den Einsatz moderner Technologien verstärkt und Entscheidungsfindungsprozesse greifbarer für die Bevölkerung gemacht. Es gibt keine strukturelle EU-Kooperation in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik mehr, auch nicht im Bereich Justiz und Inneres. Außerhalb der Zusammenarbeit in der NATO suchen Länder, Regionen und Städte flexible Lösungen für aufkommende Herausforderungen. Allerdings haben die europäischen Staaten dadurch relative Macht und Einfluss an China und Russland verloren. Zudem sind die regionalen Netzwerke anfällig für innere sozialen Unruhen und Manipulationen sowie Angriffe von außen.



Die Vereinigten Staaten von Europa

Die EU floriert als „Friedensprojekt“. Sie ist zu einer Föderation europäischer Staaten geworden. Dabei ist die Kooperation nicht nur intensiver geworden – es gibt gemeinsame EU-Streitkräfte, eine EU-Regierung und EU-weite Steuern –, sondern durch den Beitritt der Staaten des westlichen Balkans und der Ukraine sowie der Rückkehr Großbritanniens ist die Zusammenarbeit auch breiter gefächert. Nach innen hat das EU-„Friedensprojekt“ seinen Mitgliedstaaten Wohlstand, Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beschert. Nach außen präferiert die EU einen „Soft Power“-Ansatz und zieht Gespräche und Dialogangebote dem Einsatz von Gewalt vor. Dadurch kommen aber auch einige illiberale bzw. autoritäre Regime im Mittleren Osten und in Afrika mit Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Konflikt davon. Zudem wird die EU von manchen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin als Elitenprojekt wahrgenommen.



Alle gegen alle

EU und die NATO sind auseinandergebrochen. Die Staaten verfolgen kurzfristige Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen und arbeiten nur noch ad hoc und auf der Basis von Opportunismus zusammen. Die Sicherheit des Staates und der gesellschaftlichen Mehrheitsgruppen leiten die Regierungen, während die Unterdrückung von Minderheiten und Opposition wesentliche Regierungsinstrumente sind. Innerstaatliche soziale Unruhen, Dschihadismus und Separatismus treten häufig auf, aber auch internationale Spannungen und Konflikte gehören zur Tagesordnung. Deswegen investieren die Staaten hohe Summen in Verteidigung und Sicherheit. Speziell in den Ländern des westlichen Balkans drohen gewalttätige Konflikte sowie erneute Genozide.



Politischer Handlungsbedarf

Auf Basis der vier Szenarien leiteten die Workshop-Teilnehmenden die folgenden politischen Implikationen ab:

★ *Doch es gibt wenig Raum für offene Debatten über Europa. Zu oft geht es nur um die Frage, ob man für oder gegen ‚Europa‘ ist. Dies fördert aber keinen richtigen Dialog und führt nicht dazu, darüber zu diskutieren, wie Europa zukünftig gestaltet sein soll.* ★

Sicherstellen, dass Technologie für das Gute eingesetzt wird

Das Internet ermöglicht sowohl die Manipulation von demokratischen Prozessen und die Destabilisierung von Sozialstrukturen als auch den Aufbau von Verbindungen zur Kooperation, die Stärkung von Regierungstransparenz sowie die Ermöglichung von Online-Referenden. Fakten zu ermitteln und Fake News entgegenzutreten, wird zukünftig immer wichtiger für die Vorbeugung von Destabilisierung und Friedensförderung. Die Friedensarbeit könnte sich stärker auf Cyber-Friedensförderung konzentrieren und die Nutzung des Internets für undemokratische Zwecke ablehnen.

Besseres Verständnis für die Beweggründe aufbringen, warum Menschen Populisten unterstützen, und Wege finden, auf ihre Bedenken einzugehen

Bürgerinnen und Bürger, die für populistische Parteien stimmen, haben legitime Sorgen und treffen rational kalkulierte Entscheidungen. Daher sollte man diese Wählerinnen und Wähler nicht als „bedauerlich“ abtun. Entscheidungsträgerinnen und -träger und die Friedensförderung könnten diese Personen für liberalere Lösungen gewinnen, wenn sie die Attraktivität populistischer Alternativen besser verstehen und konkrete Antworten auf legitime Sorgen und rationale Kalkulationen entwickeln.

Modernisierung und Redefinition von Normen und Werten und eine Erneuerung des Sozialvertrags

Technologie, Globalisierung und die wachsende Mobilität öffnen viele Möglichkeiten für staatliche und nicht staatliche Akteure, führen aber auch zu Herausforderungen und Veränderungen, die Angst erzeugen. So wird zum Beispiel beim Datenschutz ein Neudenken von Werten auf globaler Ebene erforderlich sein. Auch die wachsenden technischen Möglichkeiten der Überwachung erfordern eine Debatte darüber, wo die Grenzen staatlicher Einmischung ins Private liegen. Die höhere Mobilität und die dadurch diverser werdenden Gesellschaften werden die Wichtigkeit von Werten wie Mitgefühl, Toleranz und Respekt erhöhen. All diese Herausforderungen erfordern eine Diskussion darüber, wie Normen modernisiert werden können, um der Missachtung von Werten wie Privatsphäre und Mitgefühl vorzubeugen. Die Friedensbewegung könnte eine Rolle dabei spielen, neue Entwicklungen im Denken, im Monitoring und der Evaluation zu fördern, sowie zu einem Dialog dazu anstoßen.

Unterstützung der Friedensförderung außerhalb der EU

Friedensförderung außerhalb der EU zu stärken, ist im eigenen Interesse der EU. Die Welt wird immer vernetzter, und Isolation sowie Rückzug wären zum Nachteil der EU. Kontinuierliche Investitionen und engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, z. B. mit den Ländern im westlichen Balkan oder der Östlichen Partnerschaft (ÖP), sind wichtig, um dort regionale Stabilität und Frieden zu wahren. Der konfliktpräventive Effekt eines EU-Beitritts ist Grund genug, um diesen Ländern die Perspektive auf eine Integration in die EU zu erhalten. Und auch wenn manche Regierungen, speziell im westlichen Balkan, langsam aber sicher ihr Beitrittsinteresse verlieren und die Zivilgesellschaft dort geschwächt wird, sollte die EU nicht bei ihren Werten nachgeben. Die EU und die verschiedenen friedensfördernden Strukturen in der Zivilgesellschaft könnten gemeinsam einen Plan entwickeln, der diesen Ländern konkretere Aussichten und Zeiträume aufzeigt, damit eine glaubwürdige Beitrittsperspektive erhalten bleibt. Ebenso wäre eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst wertvoll, die gerade im Südosten Europas unter Druck geraten sind.

Grenzüberschreitende Netzwerke zivilgesellschaftlicher und friedensfördernder Organisationen aufbauen

Gerade wenn sich Regierungen innerhalb der EU in eine autoritäre Richtung entwickeln, könnte die Zivilgesellschaft in den EU-Mitgliedstaaten von Organisationen lernen, die über Erfahrungen mit illiberalen oder autoritären Regimen außerhalb der EU verfügen. Dieser Austausch kann auch umgekehrt für zivilgesellschaftliche Organisationen außerhalb der EU nützlich sein.

In umweltfreundliche Lösungen investieren

Speziell die reichen und technologisch weit entwickelten Länder sind in der Verantwortung, umweltfreundlichere technische Alternativen im Kampf gegen den Klimawandel zu entwickeln. Diese Technologien sollten mit ärmeren und weniger entwickelten Ländern geteilt werden. Auch die Friedensorganisationen selbst sollten das Umweltbewusstsein in ihrer eigenen Arbeit noch stärker fördern.

Migrantinnen und Migranten aufnehmen und integrieren

Ob willkommen oder nicht, an vielen Orten sind Migrantinnen und Migranten ein Fakt und sie sind dort, um zu bleiben. Die größten migrantischen Bevölkerungsgruppen leben bereits in der dritten Generation in der EU. Diese Gemeinschaften auszugrenzen würde viel Unmut hervorrufen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zerrütten, was langfristig zu Konflikten führen würde. Die Friedensorganisationen könnten dazu beitragen, zwischen verschiedenen Bevölkerungssteilen Dialoge zu etablieren und Brücken zu bauen.

Bürgerinnen und Bürger mehr in die Entwicklung der EU der Zukunft involvieren

Ohne ausreichenden Rückhalt durch die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben die europäischen Institutionen und Werte keine Zukunft. Ein Ansatz, der die Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum stellt, würde eine Neuorientierung verlangen, sowohl innerhalb der EU als auch in ihren auswärtigen Angelegenheiten. Brüssel wird oft als „zu weit weg“ und „unerreichbar“ wahrgenommen. Ein bürgernaher Ansatz würde gemeinsame Anstrengungen der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten benötigen, aber auch die Beteiligung von Zivilgesellschaft, lokalen Verwaltungen und Bürgerinitiativen. Friedensgruppen und die restliche Zivilgesellschaft müssten darüber nachdenken, wie sie in den Prozess am besten einsteigen können.

Speziell junge Menschen mehr in die Entwicklung der EU der Zukunft involvieren

Eine der wesentlichen gesellschaftlichen Klüfte verläuft aktuell entlang des Alters. Den jungen Menschen in wichtigen Debatten um die Zukunft der EU mehr Raum zu geben ist entscheidend, weil die Themen Klimawandel und Technologie ihre Zukunft prägen werden. Auch die Friedensorganisationen sollten junge Menschen mehr beteiligen, und Entscheidungsträgerinnen und -träger sollten mehr und besser mit ihnen zusammenarbeiten. ■

Übersetzung und Zusammenstellung von Patrick Schwalger und Thomas Oelerich

Die vollständige Fassung der englischsprachigen Dokumentation „The EU as a Peace Project – Scenarios for 2040“ finden Sie unter: www.forumZFD.de/dokumentation bzw. unter www.paxforpeace.nl





© Steve Griffith

Immer wieder mussten die Menschen vor den Kämpfen zwischen der MILF und Regierungstruppen fliehen. Die Bilder (links und S. 12–13 unten) zeigen ein Flüchtlingslager in der Provinz Cotabato, die nun mehrheitlich der neuen autonomen Region angehört.

in muslimisch Mindanao“, kurz BARM. Übersetzt bedeutet Bangsamoro „Nation der Moros“. Allerdings schlossen sich nicht alle muslimischen Regionen Mindanaos an.

„Die Mitarbeitenden des forumZFD auf Mindanao teilten die Freude mit den vielen Menschen, die ihre Erleichterung auch in sozialen Medien ausdrückten“, erinnert sich Mohale-din Dimaukom. Seit 2017 ist „Bobet“, wie alle ihn nennen, Projektleiter des forumZFD in Cotabato City, dem politischen und administrativen Zentrum der Bangsamoro-Region. Wer die besondere Identität und Kultur der Moros und die weitreichende Bedeutung des Referendums verstehen will, kommt nicht umhin, sich auf eine Zeitreise durch Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte zu begeben.

„Alhamdulillah!“ Wer sich am 30. Mai 2018 auf der Facebook-Seite des Philippinen-Programms des forumZFD einloggte, konnte diese Meldung garantiert nicht übersehen: „Der Dank gebührt Allah!“ Anlass für Erleichterung und Freude war die Verabschiedung des sogenannten Grundlagengesetzes der Bangsamoro in dritter und letzter Lesung sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Mit der Unterschrift des philippinischen Präsidenten Duterte wurde daraus zwei Monate später geltendes Recht.

Per Referendum votierte Anfang 2019 die Mehrheit der Menschen in fünf Provinzen, zwei Großstädten, 116 Städten und 63 Dörfern für die Aufnahme in die neu geschaffene „Autonome Region Bangsamoro

Als Moros (Mauren) bezeichnete die spanische Kolonialmacht philippinische Muslime, auf die sie bei ihrer Ankunft im 16. Jahrhundert im Süden des Archipels traf. Vor allem im Widerstand gegen Kolonialmächte wurde der Islam zu einer Kernidentität der Moros und zum immer wieder Einigkeit stiftenden Zusammenhalt im Streben nach Selbstbestimmung.

Während es den Spaniern in mehr als drei Jahrhunderten nicht gelang, die Kontrolle über weite Teile Mindanaos und des Sulu-Archipels zu erlangen, wurden die politischen, soziokulturellen und wirtschaftlichen Institutionen und Strukturen im Süden der Philippinen nach der Annexion des Landes durch die USA im Jahr 1898 radikal verändert. In

brutalen „Befriedungs“-Feldzügen wurden die Moros bis 1913 militärisch fast vollständig unterworfen. In den folgenden Jahrzehnten wurde Mindanao, das fruchtbare „Land der Verheißung“, für den Zuzug Hunderttausender Menschen aus den nördlichen und mittleren Philippinen geöffnet. Herrschende Moro-Familien wurden mit politischen Ämtern und Alimentierung eingebunden.

Die Anliegen von Muslimen und indigenen Völkern sollten seit 1917 spezielle Regierungsagenturen vertreten, die immer wieder umstrukturiert und umbenannt wurden. An der faktischen Politik nationaler Integration oder gar Assimilierung der Minderheiten hat sich indes bis heute wenig geändert. Kaum erstaunlich, dass ab den späten 1960er-Jahren, in einer Ära globaler Auflehnung meist junger Menschen gegen erstarrte autoritäre Ordnungssysteme, im vorwiegend muslimischen Teil Mindanaos erneut bewaffneter Widerstand gegen die Zentralregierung organisiert wurde, die bis heute nicht nur von muslimischen Bewohnern der Inselgruppe oft als „imperiales Manila“ wahrgenommen wird.

Bemühungen, den Konflikt beizulegen, hatten bereits im Jahr 1975 begonnen und führten zum Tripolis-Abkommen von 1976. Dennoch wechselten jahrzehntelang Phasen von Krieg und oft porösen Waffenstillständen. Die Zahl der Opfer wurde zwar nicht systematisch erfasst, doch nach seriösen Schätzungen kamen in diesem Konflikt zwischen 120.000 und 150.000 Menschen ums Leben. Mindestens drei Millionen Zivilisten wurden durch die Kämpfe vorübergehend oder dauerhaft vertrieben.

Eine Sezession war das ursprüngliche Ziel der Rebellenorganisation Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF), die bis 1996 exklusiver Verhandlungspartner der Regierung war und im selben Jahr ein „endgültiges“ Friedensabkommen schloss.

Der lange Weg zum Frieden

Mindanao hofft auf ein Ende des jahrzehntelangen Bürgerkriegs

von Gebhard Körte

Als das forumZFD im Jahr 2008 seine Arbeit in Mindanao aufnahm, war die Aussicht für einen Friedensschluss zwischen der Regierung und den bewaffneten Widerstandsbewegungen der muslimischen Moro so ungewiss wie lange nicht. Das Oberste Gericht der Philippinen hatte gerade ein wegweisendes Abkommen als verfassungswidrig

zurückgewiesen. Muslimische Rebellen und Regierungstruppen lieferten sich heftige Gefechte; Hunderttausende Menschen waren auf der Flucht vor den Kampfhandlungen. Erst nach weiteren zehn Jahren zäher Verhandlungen mit erneuten Rückschlägen wurde im vergangenen Jahr ein Grundlagengesetz ratifiziert, das viele

Forderungen der Muslime nach mehr Autonomie erfüllt. Mit dem erfolgreichen Referendum Anfang 2019 ist die Hoffnung groß, dass dieser Bürgerkrieg im Süden der Philippinen nach fast fünf Jahrzehnten endet. Auch für das forumZFD und seine Partner ist das ein großer Erfolg. Doch die Arbeit für den Frieden muss weitergehen.



Mit dem Referendum im Januar und Februar 2019 entschieden die Bürgerinnen und Bürger, welche Städte und Gemeinden in Mindanao zukünftig zur Autonomen Region der Bangsamoro (auf der Karte in Rot markiert) gehören.

Ab 1997 verhandelte die philippinische Regierung ernsthaft nur noch mit der politisch und militärisch zur stärksten Kraft aufgestiegenen Moro Islamic Liberation Front, kurz MILF, die sich 20 Jahre zuvor von der MNLF abgespalten hatte. Als moderierende Drittpartei spielte Malaysia viele Jahre eine wichtige Rolle. Der entscheidende Durchbruch gelang Anfang Oktober 2012 in Kuala Lumpur. Am 15. Oktober wurde das dort ausgehandelte Rahmenabkommen für einen Friedensprozess in Anwesenheit des malaysischen Premiers Razak und des philippinischen Präsidenten Aquino in Manila unterzeichnet. Am 27. März 2014 folgte eine umfassende Friedensvereinbarung, mit der die Weichen für die Gründung der zweiten autonomen muslimischen Region gestellt wurden. Im Jahr 2018 trat schließlich das Bangsamoro Organic Law in Kraft. Und nach dem

Referendum Anfang des Jahres 2019 wurde die 80-köpfige Übergangsregierung für die neue autonome Region ins Amt eingeführt.

Auch für die vielen Organisationen, die sich in Mindanao seit Jahren für den Friedensprozess engagieren, ist damit ein wichtiger Meilenstein erreicht. Das forumZFD hat zehn Jahre lang mit einem überschaubaren Budget und einem kleinen Team den Friedensprozess begleitet. In Cotabato City und in Zentral-Mindanao unterstützte das Team vor allem Entscheidungsträger des Friedensprozesses in der Regierung und der oppositionellen MILF dabei, die betroffenen Menschen immer wieder über die Verhandlungen zu informieren und Transparenz zu gewährleisten. Mit vom forumZFD angestoßenen Friedensforen in Kommunen ist es zum Beispiel gelungen, wenig beachtete Themen wie die Belange marginalisierter Bevölkerungsgruppen in den Fokus zu rücken.

Gemeinsam mit dem „Kutawato Multimedia Network“, einem Konsortium lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen, strahlt das forumZFD seit 2013 die wöchentliche Radiosendung „Bangsamoro heute: Stimme des Friedens“ aus. Jeden Donnerstag werden Nachrichten zum Friedensprozess in die gesamte Bangsamoro-Region gefunkt. Die Bevölkerung diskutiert dabei genauso mit wie Sprecher der Rebellen und Vertreterinnen der Regierung. Selbst aus den entlegensten Regionen schalten sich Bürger ein.

„Ich glaube, der wichtigste Beitrag besteht darin, die Bevölkerung über den Bangsamoro-Friedensprozess auf dem Laufenden zu halten und ihr Raum für ihre Hoffnungen und Sorgen zu geben“, meint Daniel Ong, langjähriger Kollege und Mitinitiator der Radiosendung. Die Sendung hilft, Vorurteile zu verringern. Es erzeugt ein Gefühl von Beteiligung und Gemeinsamkeit. Das Team der Sendung ist in konfliktensensiblem

Journalismus ausgebildet. Es wählt Themen und Gesprächspartner umsichtig aus und informiert so über den Konflikt, dass er nicht noch verschärft wird.

Die deeskalierende Wirkung des Radios hat sich schon mehrfach gezeigt. Als die Stimmung in der Bevölkerung 2016 hochkochte, weil der Gesetzentwurf zur Autonomie der Bangsamoro-Region nicht durch den Senat kam, konnte die Sendung die Wut und Sorgen vieler Menschen auffangen. Die öffentliche Diskussion im Radio trug dazu bei, dass es ruhig blieb und dass die Menschen die Hoffnung auf Frieden nicht aufgaben.

In einigen Situationen hat das Radio ganz klar dazu beigetragen, Konflikte zu deeskalieren und weiterer Gewalt vorzubeugen. Zum Beispiel rief einmal der Sprecher der „Bangsamoro Islamic Freedom Fighters“ in der Sendung an, um seine Position zu einem Zusammenstoß mit dem philippinischen Militär zu erklären. Zuvor hatte der Sprecher des Militärs seine Sichtweise erläutert. Anfangs gab es gegenseitige Schuldzuweisungen. Durch den Austausch entstand jedoch langsam eine ausgewogene Sachlage. Schließlich stellte sich heraus, dass der Zwischenfall durch ein Missverständnis provoziert worden war.



Das Radio konnte eine Brücke zwischen den Kontrahenten bauen und Sorge dafür tragen, dass sich derartige Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen. Die Moro Islamic Liberation Front bedankte sich sogar auf ihrer Webseite bei KuMuNet und forumZFD für deren Arbeit. Besonders begeistert ist Projektleiter Bobet Dimaukom darüber, dass es gelungen ist, unter der Hörerschaft Dialog in Gang zu setzen.

Die MILF muss nun den Wandel schaffen von einer „bewaffneten revolutionären Organisation“ zur zivilen Bangsamoro-Gerechtigkeitspartei mit Regierungsverantwortung. Die Herausforderungen sind groß und vielfältig: Entwaffnung und Integration der MILF-Kämpfer, Aufbau funktionierender Verwaltungsstrukturen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Fragen von Landbesitz und Schlichtung oft gewaltsam ausgetragener Landkonflikte, bessere Berücksichtigung der Belange der indigenen Bevölkerung, Aussöhnung und Aufarbeitung und vieles mehr. „Nach deren Amtseinführung sind die Erwartungen der Menschen auf ein besseres Leben sprunghaft angestiegen“, beobachtet Bobet Dimaukom mit berechtigter Sorge: „Die Übergangsregierung muss jetzt nachweisen, dass sie die richtigen Leute für die Aufgabe hat.“



Der jahrzehntelange Ruf der Bevölkerung nach einer Lösung des Mindanao-Konflikts scheint endlich in Erfüllung zu gehen.

Die wollen ja nicht nur kurz im Amt sein und die ihnen übertragenen Machtbefugnisse missbrauchen, nachdem sie dafür 40 Jahre hart gearbeitet haben.“

In Friedensprozessen ist die Umsetzung von Abkommen eine extrem anfällige Phase. Sie kann nur gelingen, wenn die Bevölkerung in ihrer ganzen Vielfalt in die Gestaltung der oft langwierigen Strukturreformen eingebunden wird. Dimaukom ist da zuversichtlich, weil zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen diesen Prozess in Mindanao begleiten werden.

Mit zwiespältigen Gefühlen sehen Teile der philippinischen Zivilgesellschaft, dass Projekt- und Mittelzusagen internationaler Geldgeber zur wirtschaftlichen Entwicklung jetzt enorm zunehmen und auch zahlreiche neue internationale NGOs in die autonome Region strömen. In der Vergangenheit hatten ausländische Regierungen und Investoren in der Regel groß angelegte kommerzielle Vorhaben bevorzugt, auch mit dem Argument, dass sie rasch Beschäftigung generieren würden. Ölpalmen- und Kautschukplantagen sowie Bergbauprojekte werden auch jetzt wieder auf deren Wunschzettel stehen.

Balázs Kovács, forumZFD-Landesdirektor in Mindanao, bezweifelt den viel beschworenen Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Frieden. Er beobachtet: „Projekte zur Wirtschaftsentwicklung durch Privatinvestoren können auch zur Verschärfung von Konflikten und Gewalt führen, besonders bei extraktiven Industrien wie Bergbau, Holzwirtschaft und Großplantagen.“

Insgesamt zieht er ein vorsichtig-optimistisches Fazit der jüngsten Entwicklung: „Obwohl die Friedensvereinbarung den gewaltsamen Konflikt in Muslim Mindanao nicht beendet, wird sie erheblich zu einem Rückgang von Gewalt und zu einer ‚Normalisierung‘ beitragen.“ Die Grundlage für einen nachhaltigen Frieden ist also gelegt, jetzt müssen die Menschen Schritt für Schritt den Weg in eine friedvollere Zukunft gehen.



Gebhard Körte ist Journalist und war bis Ende 2016 als Friedensberater des forumZFD in Mindanao, Philippinen.

Schiffbruch

Wo einst in der Hafenstadt Muynak von Usbekistan Tausende Menschen Arbeit in der Fischerei fanden, sind heute nur noch verrostete Schiffe in der Steppenlandschaft zurückgeblieben.

Vor 60 Jahren war der Aralsee in Zentralasien noch so groß wie Bayern. 2014 umfasste seine Fläche nur noch ein Zehntel seiner einstigen Größe.

Es ist ein menschengemachtes Problem: Die Bewässerung von Baumwollplantagen und die Erwärmung des Klimas führten zum Austrocknen des Aralsees.

Wenn Staaten weiterhin die Bedeutung von Armeen überbetonen, wird ihre Sicherheit schwach sein.

Friedensforscher Dan Smith
im forumZFD-Interview



Dan Smith

ist Direktor des renommierten Friedensforschungsinstituts SIPRI. Er forscht seit Jahrzehnten zu Konflikten und Frieden und war unter anderem Berater der Vereinten Nationen für Friedensförderung.

SIPRI ist renommiert für seine Datenauswertung zu Militärausgaben und Waffenhandel. Welche Entwicklungen beobachten Sie in diesen Bereichen? Gibt es Grund zum Optimismus?

Dan Smith: Das Gesamtvolumen des Waffenhandels ist in den letzten fünf Jahren um mehr als 7 % gewachsen, verglichen mit den vorherigen fünf Jahren. Im Vergleich zu 2003–2007 stieg es um 20 %. Das Wachstum ist also konstant, aber langsamer geworden. Saudi-Arabien hat Indien als größten Waffenimporteur überholt, während die USA der größte Waffenexporteur geblieben sind. Im Jahr 2017 erreichten die Militärausgaben das höchste Niveau seit Ende des Kalten Krieges und werden weiterhin wachsen. Die Anzahl der bewaffneten Konflikte ist etwas gesunken, doch gerade die Beziehungen zwischen den USA, Russland und China sind besorgniserregend. So hat das Bulletin of the Atomic Scientists seine „Weltuntergangsuhr“ im Januar 2018 auf zwei Minuten vor Mitternacht gestellt und sie im Januar 2019 auch nicht zurückgedreht. Derart nah an der apokalyptischen Mitternacht war die Uhr zuletzt in den späten 1950ern. Alles in allem ist die schlechte Nachricht daher, dass wir uns in einer akut bedrohlichen Situation befinden, aber die gute Nachricht ist, dass es im Jahr 2018 nicht wirklich schlimmer geworden ist.

Wie werden sich diese Trends in der nahen Zukunft weiterentwickeln?

Dan Smith: Die Militärausgaben und der Waffenhandel werden wachsen, auch wegen der jüngsten Beschlüsse von NATO und USA. Aber es gibt zwei gegensätzliche Trends

auf der Weltbühne: Zum einen gibt es die USA, Russland und China, die alle von Regierungen geführt werden, die dazu bereit sind, internationales Recht und internationale Zusammenarbeit zu ignorieren, wenn es für sie individuellen Nutzen verspricht. Zum anderen ist aber – teilweise als Reaktion darauf – eine Stärkung der Idee der internationalen Kooperation und der Relevanz internationaler Institutionen zu beobachten. Die Vereinten Nationen haben aktuell eine starke und wirkungsvolle Führung. Was wir uns wünschen, ist, dass sich die Regierungen der großen Mächte zu handlungsfähigen internationalen Institutionen bekennen und eine echte Kooperation zwischen diesen ausbauen. Denn so oder so werden wir uns in den nächsten zwei oder drei Jahren an einem Wendepunkt wiederfinden.

Sie haben die USA, Russland und China angesprochen. Welche Rolle sehen Sie für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten in der Weltpolitik?

Dan Smith: Auf der EU und den europäischen Mitgliedstaaten der NATO lastet ein hoher Druck, ihre Militärausgaben zu erhöhen. Man kann nachvollziehen, dass das aggressive Verhalten Russlands auf der Krim und in der Ostukraine Bedenken geweckt hat. Doch die EU ist eine Institution, die auf das Prinzip der Kooperation gebaut ist und jetzt verstehen muss, dass stärkere Zusammenarbeit ein zentraler Baustein für wahre Sicherheit ist. Wenn Staaten weiterhin die Bedeutung von Armeen überbetonen, dann wird ihre Sicherheit schwach sein.

Es ist schon jetzt deutlich, dass sich der Klimawandel auf Sicherheitsfragen auswirkt. Dieser Einfluss wird in den nächsten 10 bis 30 Jahren wachsen. Und wenn wir nicht lernen, besser zu kooperieren, dann werden wir die großen Sicherheits Herausforderungen der Zukunft, geschweige denn die Kernprobleme der Industrialisierung und deren Auswirkung auf den Klimawandel, nicht lösen können.

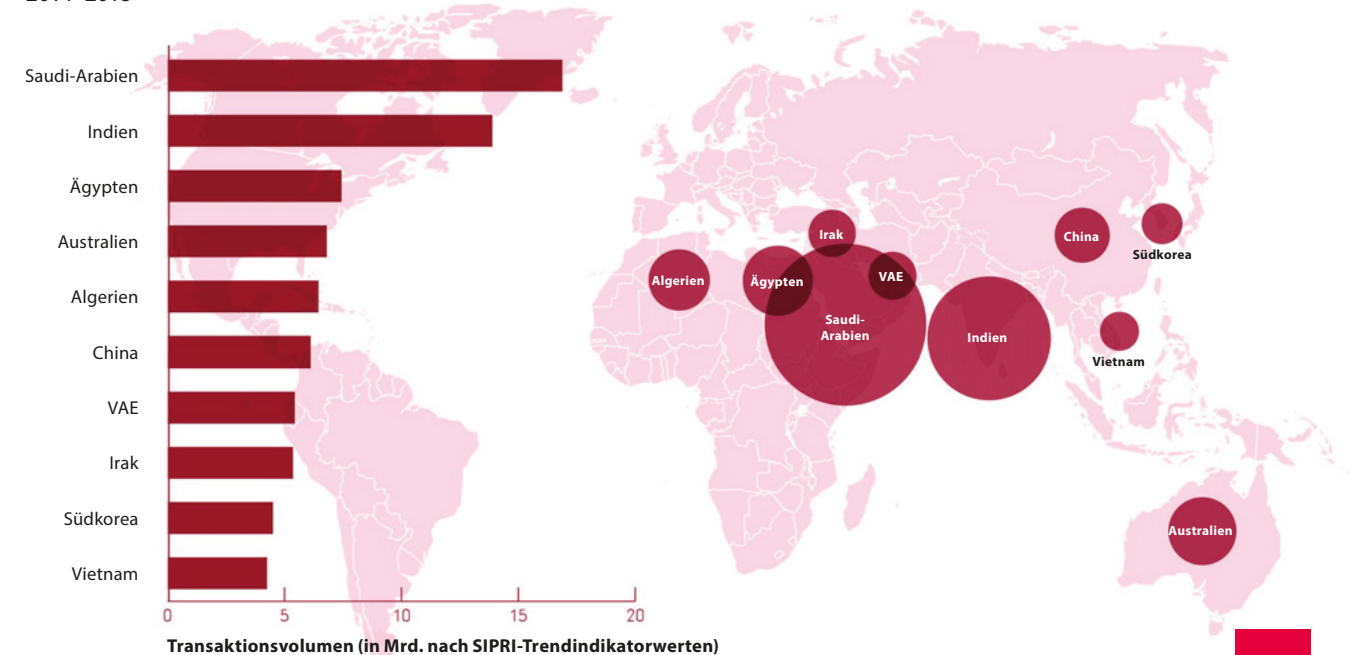
Wir wollen, dass Deutschland und die Europäische Union für mehr Multilateralismus eintreten. Wer wären gute Verbündete für diese Sache?

Dan Smith: Zuerst sind das natürlich Staaten wie Japan, Australien oder Kanada. Aber es gibt viele mögliche Partnerländer im globalen Süden, auch solche, die selbst vom Klimawandel bedroht sind. Über 1 Milliarde Menschen leben in Küstenregionen, die nicht einmal 5 Meter über dem Meeresspiegel liegen. Je mehr das Meeresspiegel steigt, umso mehr wird das Wohlergehen dieser Menschen bedroht.

Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit ist die Durchschnittstemperatur um 1 Grad gestiegen, und wenn wir nicht handeln, ist ein Anstieg um mehr als 3 Grad denkbar. Daher brauchen wir einen langfristigen Prozess institutioneller Zusammenarbeit. Es gibt Dinge, die die EU alleine schaffen kann, doch in manchen Bereichen kann die EU nur etwas erreichen, wenn sie mit der Afrikanischen Union, anderen regionalen Organisationen und durch die UN arbeitet.

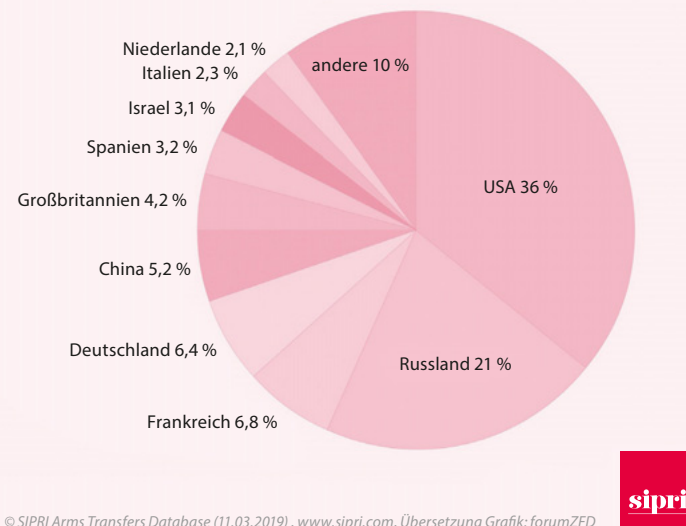
DIE 10 GRÖSSTEN WAFFENIMPORTEURE

2014–2018



© SIPRI Arms Transfers Database (11.03.2019), www.sipri.com, Übersetzung Grafik: forumZFD

Weltweiter Anteil an Großwaffen der 10 größten Exporteure, 2014–2018



Das Pariser Klimaabkommen und die Einigung auf Nachhaltigkeitsziele waren Zeichen dafür, dass es möglich ist, Regierungen für gemeinsames Handeln zu gewinnen, um globale Herausforderungen anzugehen. Deswegen gibt es keinen Grund dazu, die Hoffnung zu verlieren. Aber Europa behandelt den globalen Süden und seine diplomatischen und politischen Vertreterinnen und Vertreter hartnäckig, so als würden diese Länder nicht ernst genommen. Anstatt eines „Wir sitzen alle im selben Boot – wie können wir zusammenarbeiten?“ wird diesen Ländern eine fast schon koloniale Einstellung entgegengebracht: „Wir sind reicher und wissen es besser und sind hier, um euch zu helfen.“

Können Sie ein Beispiel dafür nennen, wie der Klimawandel Konflikte und Frieden beeinflusst oder beeinflussen wird?

Dan Smith: Man kann nicht davon erzählen, was 2011 in Ägypten passiert ist, ohne den Anstieg der Nahrungsmittelpreise zu erwähnen, der durch den Klimawandel ausgelöst wurde. Man kann nicht vom Bürgerkrieg in Syrien sprechen, ohne die Dürreperiode zu erwähnen, die fünf Jahre lang herrschte, bevor die Konflikte starteten. Das erklärt nicht vollständig, warum diese Konflikte ausgebrochen sind, und sicherlich erklärt es nicht die Gräueltaten, die dort stattfanden. Aber diese Auswirkungen des Klimawandels sind Teil der Erklärungen dessen, wie und warum diese Länder in Krisen gestürzt sind.

Viele Regierungen werden ihre Bevölkerungen nicht ausreichend gegen die Auswirkungen des Klimawandels schützen können. Das wird nicht direkt zu Krieg führen, doch die Einwohner dieser Länder werden sich allein

gelassen fühlen. Und das kann den Nährboden bilden, auf dem extremistische Organisationen, die Wandel durch Gewalt erreichen wollen, enttäuschte Menschen rekrutieren können.

In 20 bis 30 Jahren könnte die internationale Sicherheitsagenda sehr überfordert sein. Ich denke, dass die Vorkehrungen dagegen langfristig sein müssen und gar nicht früh genug errichtet werden können. Das wird immer einen großen Aufwand bedeuten, doch Vorbeugung ist besser als Heilung.

Es gibt den Ruf nach einer neuen Friedensbewegung, aber aktuell hat sich eine neue und starke Bewegung gebildet, die sich dem Kampf gegen den Klimawandel verschrieben hat. Ist diese Klimabewegung die neue Friedensbewegung?

Dan Smith: Ich war in den 1980ern sehr aktiv in der Friedensbewegung. Und jetzt beobachte ich etwas sehr Ähnliches, aber wir reden hier von einer sozialen Bewegung, die mehr als nur ein Thema hat. Für mich ist es besonders interessant, dass Greta Thunberg, die Initiatorin des Protests, sehr viel über Klimagerechtigkeit spricht. Dadurch hat sie und dadurch hat die Bewegung dem Kampf gegen den Klimawandel die Idee der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und Fairness zwischen Ländern hinzugefügt. Denn die Armen dieser Welt werden die Auswirkungen des Klimawandels am stärksten spüren und am härtesten davon getroffen. Zudem braucht es Gerechtigkeit, wenn es darum geht, wie die Abschwächung des Klimawandels und die Anpassung an seine unausweichlichen Folgen organisiert und bezahlt werden sollen. Die Länder, die am schutzlosesten gegen die Auswirkungen des Klimawandels sind, haben am wenigsten zum Problem beigetragen. Der Klimawandel wurde durch die europäische, amerikanische, russische, chinesische oder japanische Industrialisierung erzeugt. Deswegen ist es so essenziell, dass Gerechtigkeit ein Teil der Klimadebatte ist.

Und ja, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit sind so enorm, dass eine Klimabewegung per definitionem eine Bewegung für friedliche Beziehungen ist. Erstens können die Folgen des Klimawandels nur durch friedliche Zusammenarbeit gelöst werden. Zweitens geht es dieser Bewegung darum, in der Zukunft Ursachen für bewaffnete Konflikte zu verhindern.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Christoph Bongard.

Das ganze Gespräch mit Dan Smith finden Sie unter: www.forumZFD.de/dansmithinterview

Aufruf erhält breite Unterstützung

Mehr als 100 Organisationen haben den Aufruf „Rettet das Friedensprojekt Europa“ bereits unterzeichnet. Darunter die Evangelischen Landeskirchen von Berlin-Brandenburg-Oberlausitz und Hessen-Nassau, das Kinderhilfswerk terre des hommes, Greenpeace, die kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt und MISEREOR sowie Organisationen aus zehn EU-Staaten. Mehrere tausend Unterschriften von Einzelpersonen haben wir bereits erhalten. Noch bis zum EU-Wahltermin Ende Mai sind alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, den Aufruf zu unterzeichnen und weitere Unterschriften zu sammeln.

Unterdessen hat sich das Europäische Parlament im März und April erneut mit Fragen der zukünftigen Finanzierung von Friedensförderung und gemeinsamer Verteidigung befasst. Die jüngsten Entscheidungen der Abgeordneten widersprechen den Aufforderungen der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner für ein Friedensprojekt Europa.

Am 27. März verabschiedete das Europäische Parlament in erster Lesung seine Position zum Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU (2021–2027). Zwar wurden die Mittel für zivile Konfliktbearbeitung gegenüber dem ersten Entwurf erhöht. Doch die Forderungen des Aufrufs nach einer Verdreifachung der Investitionen für Friedensförderung sind noch lange nicht erfüllt.



Am 18. April stimmte eine Mehrheit im Europäischen Parlament nach kontroverser Debatte für einen 13 Mrd. Euro schweren EU-Verteidigungsfonds. Die Unterzeichnenden des Aufrufs „Rettet das Friedensprojekt Europa“ lehnen den Verteidigungsfonds ab, weil sie darin eine Maßnahme zur Subventionierung der Rüstungsindustrie sehen und eine Ausweitung von Waffenexporten befürchten.

Die Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU für die Jahre 2021–2027 wird aller Voraussicht nach erst nach der Wahl vom neuen Europäischen Parlament getroffen. Der Aufruf „Rettet das Friedensprojekt Europa“ braucht daher noch weitere Unterstützung, damit die Abgeordneten des nächsten Europäischen Parlaments mehr Engagement für eine EU zeigen, die sich bedingungslos für Frieden und Menschenrechte einsetzt. ■

Nicht vergessen: Unterzeichnen!

Bis zum 26. Mai können Sie den Aufruf **online** unterzeichnen:

www.rettetdasfriedensprojekt.eu



Bitte senden Sie
alle **Unterschriftenlisten**
bis zum 26. Mai
an uns zurück:

forumZFD
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Ihre Spende für das Friedensprojekt: Mit geringen Mitteln versuchen wir, Großes zu erreichen. Doch ganz ohne Geld für Faltblätter, Plakate und Unterschriftenlisten (die wir kostenlos anbieten) kommt auch diese Kampagne nicht aus.

Bitte unterstützen Sie die Kampagne mit einer Spende.

Per Überweisung an Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE37 3702 0500 0008 2401 01

Oder online über:
www.forumZFD.de/spenden





© flickr, JunePA, CC BY 2.0

Haftstrafe wegen Protest für eine Welt ohne Atomwaffen

Am 21. März dieses Jahres trat Clara Tempel eine einwöchige Haftstrafe an – weil sie sich gewaltfrei für eine atomwaffenfreie Welt einsetzt. Die Friedensaktivistin und Trägerin des Aachener Friedenspreises (siehe Interview in Ausgabe 04/17) hatte am 12. September 2016 zusammen mit sieben weiteren Mitstreitenden gegen die Lagerung US-amerikanischer Atomwaffen am Standort Büchel im Hunsrück protestiert. Gemeinsam blockierten sie eine Start- und Landebahn, wofür sie später verurteilt wurden.

junepa.blogsport.eu



© forumZFD

Neues Büro in Skopje, Nordmazedonien

Das forumZFD ist mit seinem Büro in der nordmazedonischen Hauptstadt Skopje umgezogen: Am 19. März wurde das neue Büro eingeweiht! Zusammen mit den Mitarbeitenden des forumZFD feierten circa 50 Gäste aus Zivilgesellschaft und Politik die Eröffnung der neuen Räumlichkeiten.

Kann Kunst heilen?

Welche Rolle kann Kunst in der Aufarbeitung gewalttätiger Vergangenheit und bei Prozessen der Versöhnung spielen? Mit dieser Frage beschäftigt sich die aktuelle Ausgabe des englischen Magazins „Balkan.Perspectives“, das vom forumZFD auf dem westlichen Balkan herausgegeben wird.

www.forumZFD.de/publikationen



© Alexander Hipp, 747106, unsplash

forumZFD beim Evangelischen Kirchentag in Dortmund

Auch dieses Jahr wird das forumZFD auf dem Evangelischen Kirchentag dabei sein! Vom 19. bis 23. Juni finden Sie uns mit einem Stand beim Markt der Möglichkeiten in der Westfalenhalle in Dortmund. Wir freuen uns auf ein Treffen und das Gespräch mit Ihnen. Mehr zum Kirchentag unter:

www.forumZFD.de/termine und www.kirchentag.de



© DEKT, Silvia Kriens



© forumZFD

forumZFD-Sommerfest 2019 in Köln

Wir laden Sie herzlich zu unserem Sommerfest am 29. Juni 2019 in unsere Geschäftsstelle nach Köln ein! Besuchen Sie uns im Friedenshaus Am Kölner Brett 8 und informieren Sie sich ab 15.00 Uhr über unsere Friedensarbeit in aller Welt. Fachkräfte aus den Projektregionen berichten aus erster Hand. Ab 17:00 Uhr freuen wir uns auf eine interessante Diskussionsrunde zum „Friedensprojekt Europa“. Bei leckerem Essen, spannenden Gesprächen und schöner Musik klingt das Sommerfest aus. Kommen Sie doch vorbei. Anmelden können Sie sich unter:

www.forumZFD.de/veranstaltung/sommerfest



Europaweite Demos: Ein Europa für alle

In vielen Großstädten in Europa wird am 19. Mai eine Woche vor der EU-Wahl für „Ein Europa für Alle“ demonstriert. Das forumZFD ruft gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen zur Teilnahme an der Demonstration in Köln auf.

www.ein-europa-fuer-alle.de

Nicht ohne uns!

So lautete das Motto der Konferenz vom 21. bis 22. März in Berlin, bei der sich zivilgesellschaftliche Netzwerke und Initiativen trafen. Das forumZFD und weitere Unterstützende des Aufrufs „Rettet das Friedensprojekt Europa“ präsentierten die Kampagne den zahlreichen Konferenzteilnehmenden. Der Vorstandsvorsitzende des forumZFD, Oliver Knabe, nutzte die Gelegenheit, um Bundesfamilienministerin Franziska Giffey unsere Forderungen vorzustellen.



© forumZFD

Gedenken für die Opfer des Nahostkonflikts

Die israelisch-palästinensische Bewegung Combatants for Peace begeht am 7. Mai in Tel Aviv den Alternativen Gedenktag für die Opfer des Nahostkonflikts. Seit 2005 trauern im Rahmen der Zeremonie Tausende arabische und jüdische Familien gemeinsam und fordern eine friedliche Lösung des Konflikts. Neben Gegendemonstrationen rechter israelischer Gruppen ist die durch Spenden finanzierte Veranstaltung in den letzten zwei Jahren vermehrt staatlicher Repression ausgesetzt. Berichte und Videos finden Sie unter:

www.cfpeace.org

Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 30. Juni das Lösungswort und gewinnen Sie ein Paket unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendenden des Lösungswortes lösen wir drei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner aus.

Informationen zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie auf:
www.forumZFD.de/publikation/friedenskaffee



Die Rätselfragen:

- Natürliches Treibhausgas
- „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ sagte ...
- Herbert Grönemeyer besang die Stadt ...
- Erster Friedenslauf 2019 des forumZFD findet statt in ...
- Größter Bundesstaat in den USA
- Junge schwedische Klimaaktivistin
- Friedensvertrag des Nordirlandkonflikts
- Name des forumZFD-Magazins auf dem westlichen Balkan
- forumZFD-Programmland mit den meisten Einwohnern
- Über 1,4 Millionen syrische Flüchtlinge leben in ...
- Bundesland der niedrigsten Bevölkerungsdichte
- Name einer Friedensaktivistin gegen Atomwaffen in Büchel
- Von Freiwilligen des forumZFD betreutes soziales Netzwerk
- Sondersteuer nach Mauerfall
- Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina
- Größte Fraktion im aktuellen Europäischen Parlament (Abk.)
- Partnerorganisation des forumZFD in Israel & Palästina
- Flächenmäßig kleinstes Land der EU
- Straßenname der Geschäftsstelle des forumZFD
- Einäugiger Riese in griechischer Sage

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 1. Juli unter:
www.forumZFD.de/raetsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16	17	18
19	20	21						
22	23	24	25	26	27	28	29	30
31								

Maklube



Das forumZFD-Team in Jordanien kocht ein typisch jordanisches Gericht

Das Reisgericht Maklube bedeutet auf Arabisch in etwa „umgestürzt“. Genauso kann man sich das auch vorstellen: Zum Servieren wird es feierlich kopfüber aus dem Kochtopf auf die Servierplatte umgestülpt.

Das unglaublich leckere Gericht ist typisch für die Region und lässt sich in verschiedenen Variationen auch in Syrien und Palästina finden. Um dieses Essen selbst zuzubereiten, haben wir die wunderbare Kochschule „Beit Sitti“ (zu Deutsch: Das Haus meiner Großmutter) besucht. Dort kocht man in Gruppen arabische Gerichte unter Anleitung talentierter Köchinnen aus dem Nahen Osten. Zum feierlichen Abschluss wird das Menü in schöner Atmosphäre verspeist.

Das Rezept ist zu lecker, um es nicht auch anderen mitzuteilen. Viel Spaß beim Kochen und guten Appetit! ■

Zutaten für 4 Personen:

- 4 Hähnchenschenkel
- 1 große Zwiebel, geschält und halbiert
- 1 unbehandelte Zitrone (Schale und Saft)
- 2 getrocknete Lorbeerblätter
- 2 Nelken
- 1 TL schwarze Pfefferkörner
- 2 TL Ras el Hanout (oriental. Gewürzmischung)
- 2 TL Salz
- 3 Kartoffeln, geschält und in Scheiben geschnitten
- 1 Blumenkohl, gewaschen, in Floretten geschnitten
- 1 Aubergine, gewaschen, in Scheiben geschnitten, evtl. noch einmal halbiert
- ca. 350 ml Öl zum Frittieren
- 2 1/2 Tassen Basmatireis
- ca. 400 g dicker Naturjoghurt (z. B. griechischer)
- ein paar Blätter frischer Koriander zum Garnieren

Zubereitung:

Die Hähnchenschenkel waschen und zusammen mit der Zwiebel, den Lorbeerblättern, dem ausgepressten Saft einer Zitrone, der Zitronenschale, Nelken, Pfefferkörnern, Salz und 1 TL von dem Ras el Hanout in einen Topf geben und gut alles mit Wasser bedecken. Das Ganze einmal aufkochen lassen und dann auf kleiner Flamme ca. 50–60 Minuten köcheln lassen.

Währenddessen die Kartoffeln, den Blumenkohl und Aubergine in dem heißen Öl in einer Pfanne nacheinander bei hoher Hitze frittieren, bis sie leicht Farbe angenommen haben. Hierfür eignet sich am besten eine Gusseisenpfanne. Rausnehmen und auf Küchenpapier abtropfen lassen, etwas salzen.

Die Hähnchenschenkel aus dem Topf nehmen, die Haut ablösen und wegwerfen. Den Sud durch ein Sieb in einen Topf oder eine Schüssel gießen. Die Gewürze entsorgen. Nun den leeren Topf mit einigen Reiskörnern benetzen und dem frittierten Gemüse bedecken. Die Hähnchenschenkel als Ganzes oder auch nur das abgelöste Fleisch zurück in den Topf geben und mit dem Reis bedecken.

Den aufgefangenen Sud eingießen, bis alles bedeckt ist. Es kann sein, dass etwas Sud übrig bleibt. Nun alles zusammen ca. 20 Minuten köcheln lassen, bis der Reis gar ist. Es dürfte keine Flüssigkeit mehr zu sehen sein. Zum Schluss nochmals alles mit ca. 1 TL Ras el Hanout würzen und nach Belieben mit Salz abschmecken.

Das/die Maklube auf eine große Form stürzen und in der Mitte des Tisches anrichten. Dazu Koriander und Joghurt servieren.



Macht Sinn: „Friedenshaus 2.0“

Wie eine neue Geschäftsstelle zur idealen Anlageoption für das wachsende Stiftungskapital werden kann

von Thomas Oelerich

Rückblick

Die Geschäftsstelle des forumZFD e. V. befindet sich seit sieben Jahren im Friedenshaus in Köln. Kontinuierliches Wachstum der Friedensarbeit, verbunden mit einem stetigen Personalzuwachs, macht die Suche nach einem alternativen Bürogebäude immer dringlicher. Das Projekt „Friedenshaus 2.0“ mit den Fragen seiner Finanzierung nimmt Fahrt auf.

Eine Vision wird Wirklichkeit

Die Geschäftsstelle des Forum Ziviler Friedensdienst mit 24 Mitarbeitenden befindet sich, verteilt auf vier Stockwerke, in einem Mietshaus in der Wesselstraße in Bonn in unmittelbarer Nähe zum Bonner Hauptbahnhof. Die Arbeitsbedingungen sind grenzwertig, nachdem die Anzahl der weltweiten Friedensprojekte über zehn Jahre hinweg stetig angestiegen ist. Der Platz für die aktuellen Mitarbeitenden reicht nicht mehr aus.

Die Suche nach neuen Räumlichkeiten für die Geschäftsstelle und ein damit verbundener Umzug waren unausweichlich. Erneut mieten oder doch eine Immobilie kaufen? Der zweite Gedanke schien angesichts der damaligen finanziellen Situation des forumZFD e. V. mit einem Schuldenstand von etwa 180.000 Euro illusionär. Beim Nachdenken aber wurde schnell deutlich: Der Kauf einer Immobilie könnte mittelfristig sogar ein wichtiger Baustein eines umfassenden Entschuldungskonzeptes sein.

„Stellen Sie sich ein Friedenshaus vor ...“. Mit diesen Worten begann das forumZFD im Frühjahr 2011 für seine Idee des Friedenshauses zu werben. In einem Brief an Spenderinnen und Spender sprachen wir von einem Traum,

einem Friedenshaus als lebendigen Ort der Diskussion und Auseinandersetzung, an dem wir unser Friedenshandeln weiterentwickeln und verbessern wollten. Aber auch von einem Ort der Begegnung, der Platz und Raum zum Leben lässt und auch zum Feiern. Damals schrieben wir: „Wenn es gelingt, genügend Menschen zu finden, die ihr Geld Sinn-stiftend und ethisch vertretbar einzusetzen bereit sind, die sich begeistern lassen, ihr Geld als ‚Friedensinvestition‘ arbeiten zu lassen, dann, ja dann ist die Vision von einem ‚Friedenshaus‘ ein überaus realisierbares Projekt, das seinesgleichen sucht.“

Die Resonanz auf die damalige Idee war überwältigend. 54 Personen gewährten dem forumZFD Darlehen von insgesamt fast 450.000 Euro, einen Großteil der Zinserträge stellten die Unterstützenden in Form einer Spende direkt der Friedensarbeit zur Verfügung. Weitere 230.000 Euro an Darlehen wurden von vier befreundeten Stiftungen zur Verfügung gestellt. Ein zusätzliches Bankdarlehen von 300.000 Euro schloss die noch offene Finanzierungslücke. Im Oktober 2011 konnte das forumZFD die heutige Geschäftsstelle in Köln-Ehrenfeld erwerben. Vier Monate später, im Februar 2012, zogen wir von Bonn nach Köln um.

Im Hier und Jetzt

Eine wichtige Stimme für den Frieden auf Wachstumskurs

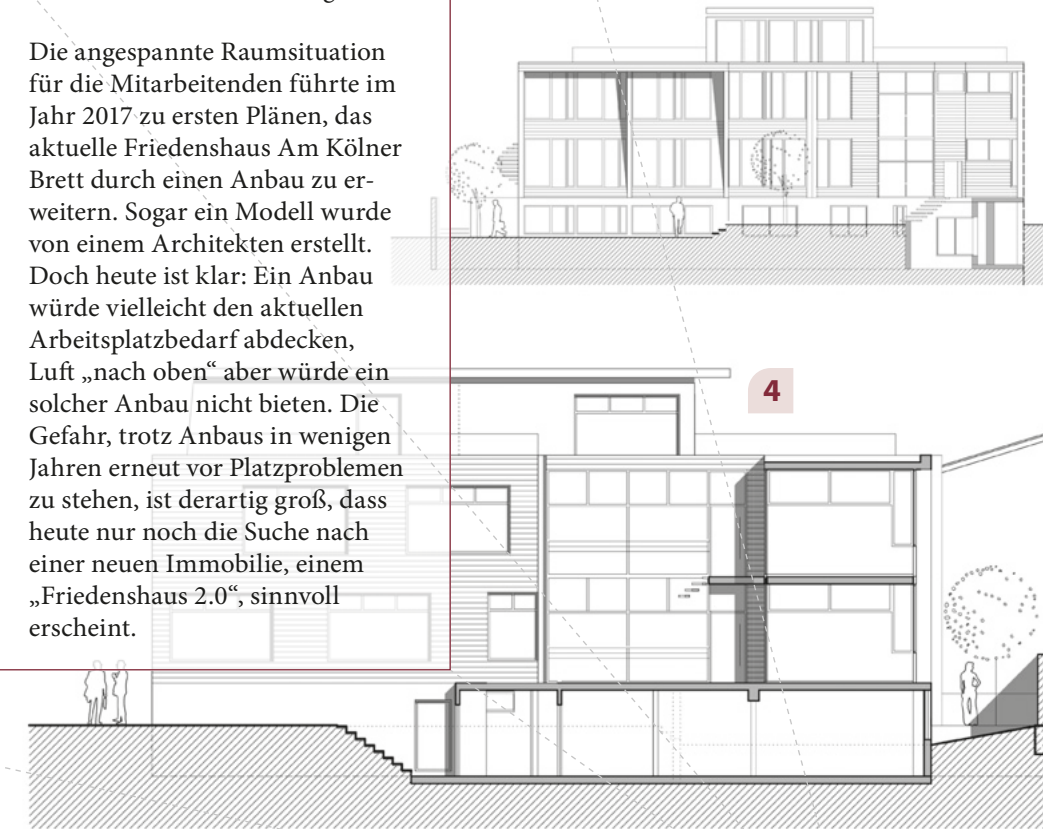
In den Anfangsjahren in Köln vermietete das forumZFD noch Teile der neuen Räumlichkeiten an eine kleine Agentur und eine selbstständige Beraterin. Doch der regelmäßige Ausbau des Zivilen Friedensdienstes, die zusätzlichen Ausbildungsangebote unserer Akademie für Konflikttransformation, die Ausweitung des Programms der Kommunalen Konfliktberatung sowie das verstärkte Engagement in der Lobby- und Kampagnenarbeit ließen die Organisation weiterwachsen. Aktueller Stand der Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle: 49 Personen, davon 38 mit Teilzeitarbeitsverträgen. Als das Friedenshaus in Köln-Ehrenfeld gekauft wurde, wies die damals erstellte optimistische Prognose über den langfristig benötigten Arbeitsplatzbedarf 40 Arbeitsplätze aus. Diese Zahl ist schon lange übertroffen. Verträge mit den „Untermietern“ mussten aufgekündigt werden und über die Verkleinerung von Schreibtischen und das „Zusammenrücken“ wurde zunächst das neue Platzproblem angegangen. Anfang 2018 schließlich war es unumgänglich geworden, zusätz-

lichen Büroraum in unmittelbarer Nähe zum Friedenshaus anzumieten. Seither haben acht Mitarbeitende in der fußläufig erreichbaren Hospeltstraße ihr Büro.

Innerhalb von etwas mehr als 20 Jahren war das forumZFD von einer Friedensinitiative mit einer Halbtagsstelle in Minden zu einer Organisation angewachsen, die bei einem Haushaltsvolumen von knapp zehn Millionen Euro (2019) fast 50 Mitarbeitende in der Geschäftsstelle und über 90 Mitarbeitende im Ausland beschäftigt.

Die angespannte Raumsituation für die Mitarbeitenden führte im Jahr 2017 zu ersten Plänen, das aktuelle Friedenshaus Am Kölner Brett durch einen Anbau zu erweitern. Sogar ein Modell wurde von einem Architekten erstellt. Doch heute ist klar: Ein Anbau würde vielleicht den aktuellen Arbeitsplatzbedarf abdecken, Luft „nach oben“ aber würde ein solcher Anbau nicht bieten. Die Gefahr, trotz Anbaus in wenigen Jahren erneut vor Platzproblemen zu stehen, ist derartig groß, dass heute nur noch die Suche nach einer neuen Immobilie, einem „Friedenshaus 2.0“, sinnvoll erscheint.

- 1 Bis Ende 2011 befand sich die Geschäftsstelle des forumZFD in der Bonner Innenstadt.
- 2 Das „Friedenshaus Am Kölner Brett“ in Köln-Ehrenfeld wurde Anfang 2012 bezogen.
- 3 Seit dem Einzug hat sich die Anzahl der Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle fast verdoppelt.
- 4 Bereits 2016 gab es erste Pläne für einen möglichen Anbau.



2011

2019



Ausblick und Vision

Die neue Herausforderung „Friedenshaus 2.0“ und was die Stiftung damit zu tun hat

Die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst, im Dezember 2014 gegründet, um die finanzielle Unabhängigkeit des forumZFD e. V. zu fördern, hat von Beginn an eine enge Verbindung zum Friedenshaus gepflegt. Das bisherige Stiftungskapital in Höhe von 396.000 Euro ist mit einem Zinssatz von 3 % fast vollständig in die Immobilie investiert. Mit den Zustiftungen war es möglich, das Bankdarlehen innerhalb von drei Jahren abzulösen und durch Darlehen der Stiftung zu ersetzen. Dadurch verringerte sich der aufzubringende Zinssatz, und die Zinserträge aus dem Darlehen fließen nun nicht mehr an die Bank, sondern als Spende direkt in die Friedensarbeit des forumZFD e. V.

Einige der langjährigen Darlehensgebern, die den Kauf des Friedenshauses Am Kölner Brett mit ihren Darlehen erst möglich gemacht hatten, haben über eine Umwandlung ihres bestehenden Darlehens in eine Zustiftung an die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst sichergestellt, dass sozusagen über ihr Leben hinaus ein Teil ihres Vermögens für die gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingesetzt wird.

Nun steht eine Entscheidung an: Das forumZFD muss erneut eine Alternative für die Geschäftsstelle des Vereins suchen, auch um langfristig gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden zu gewährleisten. Genau genommen ist das eine gute Nachricht. Denn wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass das forumZFD so schnell eine gewichtige zivilgesellschaftliche Stimme für den Frieden sein würde

mit großem Potenzial, Politik und Gesellschaft für die Alternativen einer gewaltfreien Friedenspolitik und einer zivilen Konfliktbearbeitung zu gewinnen?

Die Stiftung kann und will eine zentrale Rolle dabei spielen, ein „Friedenshaus 2.0“ möglich zu machen. Voraussetzung dafür ist die deutliche Erhöhung des Stiftungskapitals, um so den Grundstein für die neue Geschäftsstelle und für ein mögliches weiteres Anwachsen der Friedensarbeit des forumZFD zu legen. Eine solche Investition ist ethisches Investment par excellence, denn die Erträge aus der Anlage der Stiftungsmittel werden unmittelbar in die Friedensarbeit des forumZFD e. V. reinvestiert. Der Vorstand der Stiftung ist mit Vorstand und Aufsichtsrat des Vereins zur Überzeugung gekommen, dass in Zukunft die Stiftung den juristischen Rahmen für ein Friedenshaus 2.0 bilden soll als Eigentümerin der neuen Immobilie.

Derzeit werden Möglichkeiten eines Neubaus oder des Kaufs einer bestehenden Immobilie in Köln geprüft. Wie auch immer diese Suche verläuft: Die Stiftung wird sich verstärkt auf die Suche nach friedensbewegten Geldgebern und Geldgeberinnen machen, um Zustiftungen für dieses Projekt einzuwerben. Ohne die Hilfe vieler Friedensfreundinnen und Friedensfreunde wird sich die Vision eines Friedenshauses 2.0 nicht umsetzen lassen. Aber – und das treibt alle Beteiligten an – warum soll es nicht wie im Jahr 2011 gelingen, eine solche Vision erneut Wirklichkeit werden zu lassen? Wie Václav Havel sagte: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.“

Das Thema „Friedenshaus 2.0“ wird die Arbeit der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst in den kommenden Jahren entscheidend prägen. Wir freuen uns, wenn die Leserinnen und Leser des MAGAZINs uns dabei begleiten, bestenfalls sogar unterstützen!

bald

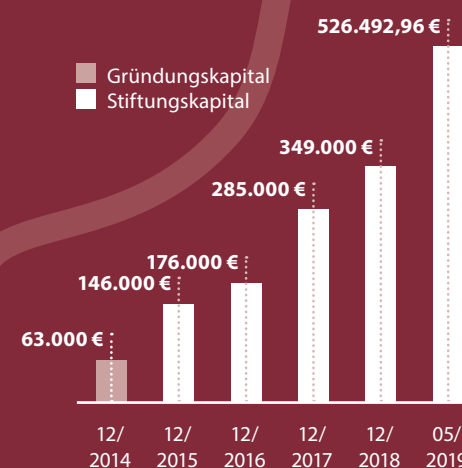
Ihr Ansprechpartner ist
Thomas Oelerich
Referent für Kommunikation
und Fundraising
0221 – 91 27 32-32



forumZFD
Stiftung
Forum Ziviler Friedensdienst

Entwicklung im Überblick

Seit der Stiftungsgründung Ende 2014 konnte die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst 26.140 € aus Kapitalerträgen und Spendenzugängen für die Friedensarbeit des forumZFD zur Verfügung stellen. „Aus den uns zur Verfügung stehenden Mitteln (Stiftungskapital von 373.000 € und zinsfreie Darlehen in Höhe von 153.500 € an) sind derzeit 489.000 € in der Immobilie „Friedenshaus Am Kölner Brett“ angelegt. Weitere 30.000 € haben wir bei der Entwicklungsbank Oikocredit investiert. Wir sind zuversichtlich, weitere Zustiftungen und zinsfreie Darlehen zu erhalten, um beim möglichen Kauf oder Bau einer geräumigeren Geschäftsstelle des forumZFD hilfreich zur Seite stehen zu können“, beschreibt Neithard Petry, Schatzmeister und Vorstandsmitglied in der Stiftung, die aktuellen Herausforderungen.



Spendenkonto Stiftung:
Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN: DE30 3702 0500 0001 4123 00
www.stiftung-forumZFD.de

Wie Sie das forumZFD unterstützen können

Online-Banking / Ihre Spende über das Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung schicken können. Nähere Informationen finden Sie unter: www.forumZFD.de/spenden

Regelmäßige Spenden helfen besonders

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem MAGAZIN.

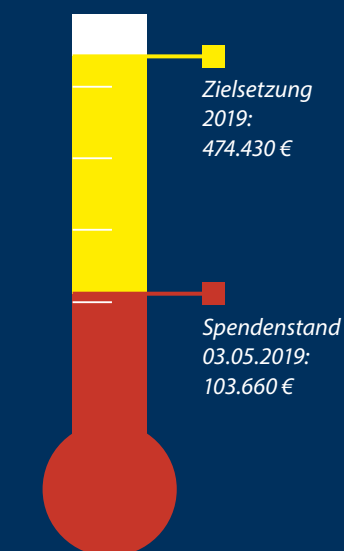
Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder. Der Beitrag liegt bei 180 € im Jahr, ermäßigt bei 90 €. Infos unter: www.forumZFD.de/mitglied-werden

Spendenbescheinigung

Wir stellen für Spenden ab 50 € mit Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung für Sie aus. Dafür benötigen wir unbedingt Ihre vollständige Anschrift. Sollten Sie mehr als einmal im Jahr gespendet haben, erhalten Sie eine sogenannte „Sammelbestätigung“ über alle Spendenbeträge.

Spendenbarometer



Spendenkonto forumZFD:
Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN: DE37 3702 0500 0008 2401 01
www.forumZFD.de/spenden



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/transparenzinitiative

Ihr Ansprechpartner ist
Thomas Oelerich
Referent für Kommunikation
und Fundraising
0221 – 91 27 32-32
oelerich@forumZFD.de
www.forumZFD.de



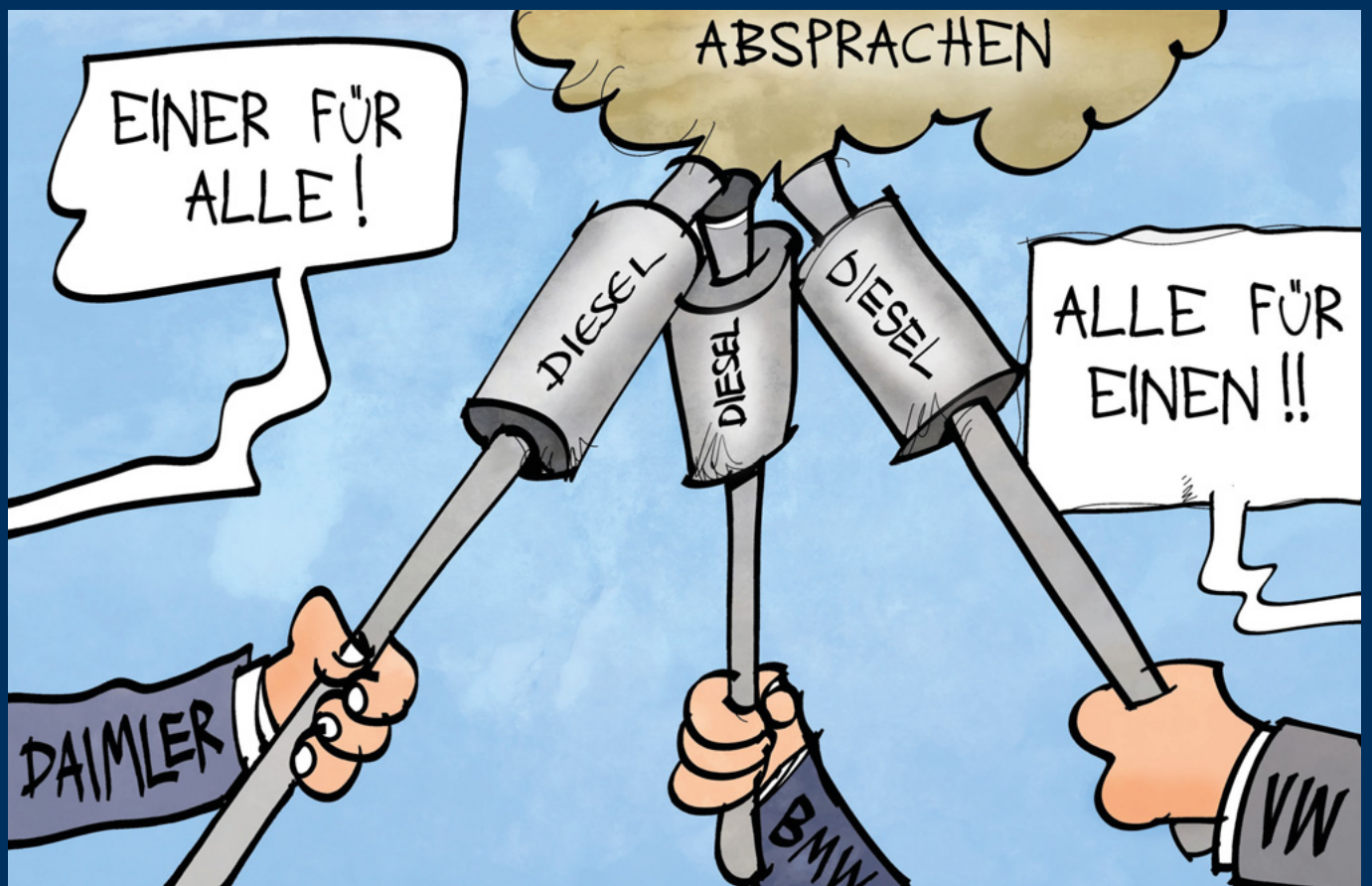
**Allen Spenderinnen und Spendern
gilt unser herzlicher Dank!**

*„Hass kann den Hass nicht austreiben.
Das gelingt nur der Liebe.“*

Martin Luther King



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufogiorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX